

# Allein auf weiter Flur

Die Photovoltaik-Branche muss sich endlich damit abfinden, dass die Energie- und Klimapolitik kein zentrales Thema der Bundesregierung mehr ist. Dies wurde so deutlich wie selten während des PV-Symposiums in Bad Staffelstein.

**D**as 1986 erstmals veranstaltete »Symposium Photovoltaische Solarenergie« heißt nun »PV-Symposium«, findet aber nach wie vor im Kloster Banz in Bad Staffelstein statt und gilt noch immer als der beliebteste Treffpunkt der PV-Gemeinde. Außer dem Namen hat sich nur der Veranstalter geändert, denn nach der Insolvenz des Regensburger OTTI sprang die Solar Promotion GmbH ein, um den Untergang des Symposiums zu verhindern, und gründete als Veranstaltungsplattform eine Tochtergesellschaft, die Conexio GmbH. Diese Rückendeckung gab dem Symposium genügend Schub, um durchzustarten. Geschäftsführer Bernd Porzelius wechselte von Regensburg nach Pforzheim und eröffnete das 33. Symposium am 25. April, als ob nichts gewesen wäre. Die Anziehungskraft des »Kloster-Symposiums« ist immer stark genug, um die wirtschaftliche Basis der Veranstaltung zu sichern. Es kamen diesmal etwa so viele Teilnehmer wie im Jahr zuvor.

Carsten Körnig (BSW-Solar, links) sprach sich für eine wesentliche Verstärkung des Emissionshandels aus. Neben ihm Tagungsleiter Thomas Nordmann.

FOTO:  
DETLEF KOENEMANN

## Politische Substanz fehlt

Hochrangige Politiker waren diesmal nicht da, aber auch das war keine Überraschung, denn sie ließen sich auch in den goldenen Solar-Zeiten nicht ins Kloster Banz locken. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte wie schon in den Vorjahren Cornelia Viertl zum Symposium entsandt, um die PV-Branche über die politische Ausrichtung der Fördermaßnahmen zu unterrichten. Doch diesmal hatte

sie keine Überraschungen im Gepäck. »Ich habe nichts Konkretes mitgebracht«, sagte sie, »denn es gibt noch keinen Gesetzentwurf, der öffentlich ist.«

Das war zwar angesichts der mühsamen Regierungsbildung, die sich über Monate hingezogen hatte, nicht anders zu erwarten. Aber etwas mehr Substanz hatte man sich schon erhofft. Cornelia Viertls Ausführungen hinterließen den ernüchternden Eindruck, dass die Energie- und Klimapolitik kein zentrales Thema der Bundesregierung mehr ist – falls es denn je eines war. Die erneuerbaren Energien sind allein auf sich gestellt. Die Energiewende wird im Koalitionsvertrag etwas wolkig als »Treiber für Energieeffizienz, Modernisierung, Innovationen und Digitalisierung im Strom-, Wärme-, Landwirtschafts- und Verkehrssektor« beschrieben. Noch ungewisser erscheint die Zukunft der Photovoltaik, wenn man im Koalitionsvertrag liest, dass die Große Koalition die »Einbettung der Energiewende in den europäischen Zusammenhang« anstrebt (siehe SWW 05/2018, Seite 5). Das kann angesichts des Zustandes der EU eigentlich nur eine Verlangsamung der ohnehin schon schleppenden Entwicklung bedeuten.

Die Bundesregierung ist vermutlich der Ansicht, dass die Photovoltaik keine besondere Unterstützung mehr braucht, weil die Ausschreibungen der Solarparks mit stetig fallenden Preisen enden. Zwischen der ersten Ausschreibung im April 2015 und der bisher letzten im vergangenen Februar ist die Zuschlagshöhe von 9,17 auf 4,33 Ct/kWh gefallen. Die im EEG festgelegte Vergütung für Strom aus Freiflächenanlagen ist etwa doppelt so hoch. Die »Preissenkung durch Ausschreibung« wertet die Bundesregierung als Erfolg, und sie wird kaum zu bewegen sein, von diesem Preisfindungsinstrument wieder abzurücken, das die gesamte Lieferkette der Photovoltaik unter enormen Druck setzt.

Um politischen Druck auszuüben, bleibt der Branche nur noch die Möglichkeit, die Bundesregierung an ihre eigenen Ziele zu erinnern. Denn erstens wird das auf jährlich 2,5 GW festgelegte Marktvolumen seit Jahren weit verfehlt und zweitens hat der Koalitionsvertrag bekräftigt, dass die erneuerbaren Energien bis 2030 einen Anteil von etwa 65 % der Stromproduktion erreichen sollen. Zwar wächst der PV-Markt wieder langsam an, aber im vergangenen Jahr hatte er erst 1,76 GW erreicht, und die Energiewende ist in weite Ferne gerückt.

Außerdem wird der Abstand zur Windenergie immer größer. Auch das war ein Thema in Bad Staffelstein. Aus





**Bernd Porzelius begrüßte als Veranstalter die Teilnehmer des Symposiums im Kloster Banz.** FOTO: CONEXIO

dem Auditorium kam der Hinweis auf Simulationsrechnungen des Fraunhofer ISE, die ergeben haben, dass es für einen ausgewogenen Energiemix erforderlich ist, die Photovoltaik und die Windenergie »im Gleichschritt« auszubauen. Die Windenergie hat in Deutschland schon 57 GW erreicht, während sich die Photovoltaik erst auf 43 GW hochgearbeitet hat. Demnach müsste die Photovoltaik eine Zeitlang erheblich stärker gefördert werden, um den Rückstand aufholen zu können.

Cornelia Viertl stimmte dem zu, wies aber auf den Flächenbedarf hin: »Wir haben zu wenig Freiflächen. Wir müssen mehr auf den Gebäuden installieren!« Damit berührte sie einen wunden Punkt. Denn es ist vollkommen klar, dass die Installation großer Mengen von PV-Modulen auf einer freien Fläche viel schneller geht als auf den Dächern von Gebäuden. Dieses Dilemma begleitet die Photovoltaik, seit die ersten Solarparks auf der »grünen Wiese« errichtet wurden.

## Emissionshandel noch nicht in Sicht

Jedenfalls kann der Photovoltaik niemand mehr vorwerfen, dass sie zu teuer sei. Dies wurde kürzlich durch den direkten Vergleich mit der Windenergie deutlich. Die erste »technologieoffene« Ausschreibung endete damit, dass sämtliche eingereichten Windenergieprojekte unter den Tisch fielen. »Alle Gebote sind an die Photovoltaik gegangen«, stellte Cornelia Viertl fest und erntete dafür Applaus. Diese triumphierende Geste missfiel jedoch einigen Teilnehmern, die sogleich darauf hinwiesen, dass es keinen Sinn habe, die beiden erneuerbaren Energien gegeneinander auszuspielen.

Dies betonte auch Carsten Körnig, der Hauptgeschäftsführer des BSW-Solar: »Obwohl wir Gewinner sind, müssen wir die technologieoffenen Ausschreibungen ablehnen.« Viel wichtiger sei es, den 52-GW-Deckel zu beseitigen, der noch immer dem Ausbau der Photovoltaik eine absolute Grenze setzt und dadurch das 65-Prozent-Ziel der Bundesregierung ad absurdum führt.

Von einer Deckelung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ist zwar immer die Rede, aber es passiert zu wenig. Deshalb forderte Carsten Körnig eine wesentliche Verstärkung des Emissionshandels: »Die Bundesregierung muss den CO<sub>2</sub>-Ausstoß endlich angemessen bepreisen und die Subventionen fossiler Energien beenden!« So ähnlich steht es auch im Koalitionsvertrag, aber leider strebt die

Bundesregierung eine CO<sub>2</sub>-Steuer an, die »nach Möglichkeit global ausgerichtet ist, jedenfalls aber die G20-Staaten umfasst«. Damit ist Carsten Körnig nicht zufrieden, denn »nationale Alleingänge sind dadurch nahezu ausgeschlossen, und Deutschland kann keine Vorreiterrolle spielen.« Mit anderen Worten: Es wird Jahre dauern, bis der Emissionshandel Wirkung zeigt.

## Mieterstrom zu stark reguliert

Schneller wird sich hoffentlich der Ausbau des solaren Mieterstroms entwickeln. Allerdings wird das Verfahren straff reguliert und das Wachstum dadurch gebremst (siehe SWW 5/2018, Seite 32). Der Stromlieferant muss dem Mieter den Strom zu einem Preis anbieten, der 10 % niedriger ist als der Jahrespreis der Grundversorgung. Diese im Sinne des Verbraucherschutzes gut gemeinte Maßnahme engt den Spielraum der Anbieter so stark ein, dass es schwierig ist, mit einem Mieterstrom-Modell Geld zu verdienen.

Aber das ist nicht die einzige einengende Regulierung, und die Zweifel wachsen, ob all dies dem Verbraucher wirklich nützt. Denn er kann nur dann den preisgünstigen Mieterstrom nutzen, wenn ein mutiger Dienstleister ihm diesen Strom anbietet. Thomas Seltmann, der Photovoltaik-Referent der Verbraucherzentrale NRW, nahm das Gesetz in Bad Staffelstein unter die Lupe und kritisierte die zahlreichen Meldepflichten, die man als Stromlieferant erfüllen muss und deren Überprüfung enorm aufwendig ist. Sein Vortrag gipfelte in der spöttischen Frage: »Wann kommt die Solarpolizei?«

Michael Vogtmann, der Vorsitzende des Landesverbands Franken der DGS, ergänzte: »Ohne eine starke Vereinfachung der regulatorischen Rahmenbedingungen wird es keinen nennenswerten Ausbau der Photovoltaik auf kleinen Mehrfamilienhäusern geben.« Diese Feststellung trifft eigentlich auf das gesamte EEG zu, das im Laufe der Novellierungen immer komplizierter geworden ist. Vielleicht wäre es für die Photovoltaik am besten, das vor 18 Jahren verabschiedete Gesetz durch eine neues, wesentlich einfacheres und praxisnäheres zu ersetzen. Die neue Bundesregierung macht aber nicht den Eindruck, dass sie sich irgendwann zu einer derart durchgreifenden Maßnahme durchringen könnte.

**Detlef Koenemann**